

## Luftverkehr

# Wirtschaftverbände für Ja

(sda) Wirtschaft, Gewerbe, Luftfahrtverbände und Regionalflugplätze setzen sich für ein Ja zur Neuordnung der Verwendung der Steuererträge auf dem Flugpetrol (Kerosin) ein. Luft- und Strassenverkehr sollten gleich behandelt werden, hiess es an einer Medienkonferenz am Donnerstag in Bern.

Am 29. November müssen Volk und Stände über eine Verfassungsänderung befinden, dass die Erträge aus der Kerosinbesteuerung künftig der allgemeinen Bundeskasse und dem Luftverkehr und nicht mehr dem Strassenbau zugutekommen. Dies sei verursachergerecht, diene der Kostenwahrheit und stärke den Luftfahrtstandort Schweiz, sagte economiesuisse-Präsident Gerold Bühler.

Die jährlich rund 44 Millionen Franken aus der Kerosinsteuer sollen für den Schutz vor Terroranschlägen, für die Lärmbekämpfung und die Flugsicherung bei den Regionalflugplätzen eingesetzt werden. Für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft sei ein konkurrenz-

fähiger Luftfahrtstandort elementar, sagte Bühler.

Robert Gubler vom Gewerbeverband betonte, die Fliegerei bestehe nicht nur aus den drei Landesflughäfen. Dazu gehörten auch Fluggesellschaften, Flugsicherung, Rettungsfliegerei, Arbeitsflüge, Abfertigungsbetriebe, Dienstleistungsbetriebe, Flugzeughersteller und Wartungsbetriebe.

Dank der vorgesehenen Finanzierung könnten die Kosten der Flugsicherung auf den Regionalflugplätzen ohne zusätzliche Steuern abgedeckt werden. Präsident Paul Kurrus von Aerosuisse wies daraufhin, dass die Luftfahrt eine Wertschöpfung von über 26 Milliarden Franken erziele und rund 176 000 Arbeitsplätze biete.

Die Flugsicherheitskontrolle auf den Regionalflugplätzen sei ein Verlustgeschäft, sagte der Direktor des Flughafens Sitten Bernard Karrer. Ohne die Spezialfinanzierung müssten die Regionalflugplätze ihre Gebühren bis zum Fünffachen erhöhen. Damit stehe ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel.

